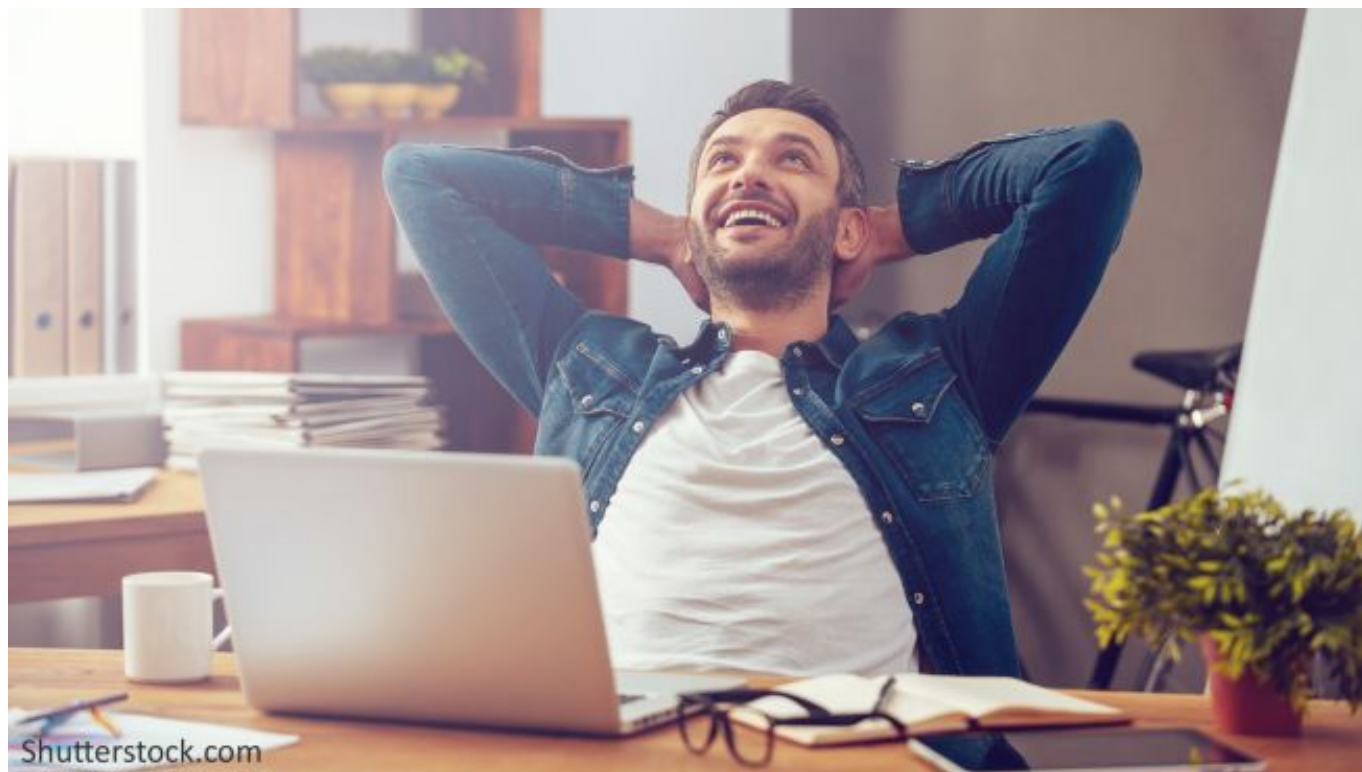


20.000 Euro für alle: Schlechtes Geschäft für Arbeitnehmer



Wie können mehr Menschen dazu gebracht werden, sich weiterzuentwickeln oder zu engagieren? Mit Geld vom Staat, meint Andrea Nahles. Die SPD-Politikerin schlägt ein persönliches Erwerbstätigenkonto mit 20 000 Euro Guthaben für jeden Erwachsenen beim Start ins Arbeitsleben vor. "Klingt verführerisch", sagt FDP-Präsidiumsmitglied Volker Wissing. Er erinnert aber an die Krux an der Sache: "Die 20.000 Euro, die Frau Nahles so großzügig den Erwerbstätigen zu Beginn ihres Arbeitslebens verspricht, müssen natürlich von Erwerbstätigen erarbeitet werden."

"Einschließlich der absehbar aufwändigen Verwaltung und der damit einhergehenden hohen Kosten, dürfte das für die Arbeitnehmer ein schlechtes Geschäft werden", moniert der Finanzpolitiker. Er hat einen anderen Vorschlag: "Würde der Staat die Beschäftigten bei Steuern und Abgaben entlasten, bräuchten sie keine 20.000 Euro vom Staat, sondern könnten mehr Geld sparen und es investieren, auch in die eigene Weiterentwicklung. Das funktioniert sogar ganz ohne Frau Nahles." Die Freien Demokraten setzen in ihrem Programm auf weniger Hürden im Arbeitsmarkt, die beste Bildung der Welt für jeden Einzelnen und die Bekämpfung der Ursachen von Arbeitslosigkeit statt auf die Behandlung der Symptome.

[Lesen Sie hier](#), [1] wie sie dieses Ziel erreichen wollen.

Quell-URL: <https://www.liberales.de/content/20000-euro-fuer-alle-schlechtes-geschaefte-fuer-arbeitnehmer>

Links

[1] <https://www.fdp.de/position/arbeitsmarkt>